

# Luzerner Zeitung

**Sensationsfund**  
Archäologin Anna Kienholz zeigt uralte Scherben aus dem Luzerner Seebecken. 21



Freitag, 23. April 2021

AZ 6002 Luzern | Nr. 93 | Fr. 3.50 | € 4.- | luzernerzeitung.ch

## Luzern erwartet neue Grosslieferung

**Impfungen** Der drohende Impf-Engpass konnte gerade noch abgewendet werden. Der Kanton Luzern teilte gestern mit, dass noch diese Woche 16 000 Impfdosen des Herstellers Moderna eintreffen werden. Somit können nächste Woche alle geplanten Impftermine eingehalten werden.

Um die Impfzentren zu entlasten, werden pro Tag rund 200 Personen ans Kantonsspital zur Impfung verwiesen. Dort sorgten letzte Woche angebliche Impfräntler für Aufregung. Doch Schilderungen von Betroffenen stellen die Vorwürfe des Kantonsspitals nun in ein anderes Licht: Offenbar verlangte das Spital von den Impfwilligen keinerlei Nachweis darüber, ob sie gemäss den kantonalen Kriterien überhaupt zur Impfung berechtigt sind. (rk) 22

## Mehr Geld für Luzerner Härtefälle

**Pandemie** Die Luzerner Regierung hat die Härtefallregelung für Firmen, die unter den Folgen der Pandemie leiden, angepasst. Davon profitieren insbesondere Firmen, die nicht behördlich geschlossen worden sind, aber denen die Geschäftsgrundlage faktisch entzogen worden ist, etwa Unternehmen in der Eventbranche. Die neue Lösung ist in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern entstanden – so wie dies der Kantonsrat gefordert hatte. Das Parlament muss zudem einen Kredit über 4,2 Millionen Franken genehmigen. (dlw) 25

ANZEIGE

**WIR BAUEN MIT BEGEISTERUNG.**

**TSCHOPP**  
www.tschopp-holzbau.ch  
Hochdorf

## Sommaruga gibt den Ausbaubefehl

Die Swisscom soll auch in Randregionen beim Internet massiv aufrüsten.

Lucien Fluri und Sven Altermatt

Überall in der Schweiz soll man schnelleres Internet haben: Das verlangt Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Sie plant deshalb eine Anpassung der Fernmeldeverordnung, wie sie gegenüber CH Media ankündigt. Ab 2024 sollen dann alle Regionen im Land das Anrecht auf eine Internetverbindung von 80 Megabit pro Sekunde haben. Heute liegt der Richtwert bei 10 Megabit.

In den Städten und Agglomerationen ist das schnelle Netz zwar bereits Realität – doch längst nicht in allen ländlichen Regionen. Corona – und damit verbunden das Homeoffice – hätten gezeigt, wie wichtig ein guter Internetzugang sei, sagt Sommaruga. Wo das schnellere Netz heute nicht angeboten wird, müsste dies künftig die Swisscom als Grundversorgerin sicherstellen.

Mit ihrem Vorgehen will sie verhindern, dass ländliche Regionen in der

Digitalisierung abgehängt werden. Entsprechend gross ist dort die Freude: Dank schnellem Internet und Digitalisierung werde die Distanz zu einem immer kleineren Standortnachteil, sagt etwa Thomas Egger, Direktor der Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete und früherer Walliser CVP-Nationalrat. Keine Begeisterung löst das Vorhaben bei der Swisscom aus. Denn es dürfte einige hundert Millionen Franken kosten – mindestens. 4

## Bei Pilatus endet eine Ära



Seit über 40 Jahren ist Oscar J. Schwenk für den Flugzeughersteller tätig. Nun hat der 77-Jährige angekündigt, nicht mehr als VR-Präsident zu kandidieren. Ganz zurückziehen will er sich aber nicht. *Kommentar 5. Spalte 9* Bild: Roger Grütter (Stans, 7. Mai 2019)

Kommentar

## Schwenk hinterlässt eine grosse Lücke

Vier Jahrzehnte lang hat er den Stanser Flugzeughersteller Pilatus geprägt wie kein anderer. Nun tritt Oscar J. Schwenk von der grossen Bühne ab. Der hemdsärmelige Patron übergibt im Sommer das Verwaltungsratspräsidium dem ehemaligen Coop- und Swisscom-Präsidenten Hansueli Loosli.

Es besteht kein Zweifel daran, dass Schwenks Abgang eine grosse Lücke hinterlassen wird. Der 77-jährige Ingenieur hat aus einem kleinen lokalen Flugzeughersteller ein international angesehenes Technologieunternehmen geformt. Als Hersteller von Trainingsflugzeugen für Armeen war Pilatus in den letzten Jahrzehnten aber auch angreifbar, befand sich immer wieder im Zentrum geopolitischer Konflikte. Schwenk war schon vor langer Zeit klar, dass sich Pilatus im zivilen Bereich verstärken musste. Die Entwicklung des Businessjets PC-24 war eine teure Wette, die er gewonnen hat. Die zivile Luftfahrt macht heute bereits mehr als zwei Drittel des Umsatzes von Pilatus aus. Das ist der grosse Verdienst von Oscar Schwenk.

Pilatus wird noch lange von Schwenks Strahlkraft zehren. Was andere nun daraus machen, wird sich zeigen. Die Professionalisierung des Verwaltungsrats könnte auf den immer wieder kolportierten Börsengang hindeuten, aber das ist Stand heute pure Spekulation. Ungeachtet dessen bleibt für ein Schweizer Technologieunternehmen wie Pilatus die Innovation die oberste Maxime. Seine Nachfolger wird man daran messen.



**Maurizio Minetti**  
maurizio.minetti@luzernerzeitung.ch



**Inhalt** | Denksport 16 | Piazza 18-20 | Sport 36-40 | TV/Radio 35  
Börse 8 | Forum 12/14 | Ratgeber 17 | Todesanzeigen 14/15 | Wetter 17

Internet www.luzernerzeitung.ch | Redaktion 041 429 51 51, redaktion@luzernerzeitung.ch | Insetrate 041 429 52 52, insetrate-lzmedien@chmedia.ch | Abonnemente und Zustelldienst 058 200 55 55, aboservice@chmedia.ch

ANZEIGE

**HAUS MESSE**

3. April – 3. Juni

**"Für ä tüüfä gsundä Schlaaf."**

**bico**  
SWISS SINCE 1861

"... das märki mir!"

**Aktion 30% Rabatt**  
Matratze BICO "Vitality", Hülle abnehm- und waschbar, statt 850.- nur 590.-

**NEU**

**BICO "clima"**

2021

**25. Sonntag offen**  
Dierikon-Luzern 10 – 17 Uhr

möbel märki

# Sommaruga plant Highspeed-Internet für das ganze Land

Grosse Weichenstellung: Wie Bundesrätin Simonetta Sommaruga die Swisscom zwingen will, auch in Randregionen massiv aufzurüsten.

Sven Altermatt und Lucien Fluri

Schweizerinnen und Schweizer sollen so schnell im Internet surfen können wie kaum jemand sonst in Europa. Vor allem aber sollen die Eidgenossen dies auch im abgelegensten Bergtal tun können. Dafür will SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga sorgen, wie sie im Gespräch mit CHMedia ankündigt. Die Infrastrukturministerin plant derzeit eine Anpassung der Fernmeldeverordnung: Sie will die Grundversorungskonzession der Swisscom auf 2024 hin so anpassen, dass der Konzern künftig überall eine Versorgung mit schnellem Internet sicherstellen muss, wo dies von der Bevölkerung gewünscht wird. Dies bedeutet konkret: Statt heute mindestens 10 Megabit pro Sekunde wird die Geschwindigkeit künftig mehr als 80 Megabit betragen müssen. Die Vernehmlassung dazu soll bald eröffnet werden.

Der Ausbau kommt vor allem abgelegenen ländlichen Regionen zugute. Denn in den Städten und Agglomerationen ist der Markt für die Anbieter lukrativ. Dort gehört das schnelle Internet heute bereits zum Standard. «Es ist mir ein Anliegen, die Versorgung der ganzen Bevölkerung in der ganzen Schweiz mit schnellem Internet sicherzustellen», sagt Sommaruga nun gegenüber dieser Zeitung. «Es darf keinen digitalen Graben zwischen Stadt und Land geben.» Für die SP-Bundesrätin «gehört es zum Service public, dass es nicht nur dort ein Angebot gibt, wo es rentiert».

Die Coronakrise hat der Bundesrätin nochmals gezeigt,

wie wichtig ein schnelles Netz ist. «Zahlreiche Leute haben von zu Hause aus gearbeitet», sagt Sommaruga. «Dies muss auch in den Randregionen der Schweiz problemlos möglich sein.» Das schnelle Netz erleichtere den digitalen Alltag – etwa wenn mehrere Leute in einem Haushalt gleichzeitig per Video telefonieren, Filme streamen und Dateien herunterladen.

Bisher war der Ausbau umstritten: Im Ständerat wurde zuletzt ein entsprechender Vorstoss sisiert. Die Telekombranche hatte sich heftig dagegen gewehrt; sie warnte vor Zusatzkosten in Milliardenhöhe. Auch der Gesamtbundesrat hatte sich noch im vergangenen Jahr gegen entsprechende Pläne ausgesprochen. Ein staatlich vorgeschrie-

bener flächendeckender Netzausbau käme «einem massiven Eingriff in den Wettbewerb gleich», hiess es damals noch. Die Devise: Die Grundversorgung sei nicht für einen flächendeckenden Anschluss ans Hochbreitbandnetz geeignet. Doch Sommaruga prescht jetzt über den Verordnungsweg vor. «Das ist der Weg, auf dem wir das Ziel am schnellsten erreichen können», sagt sie.

Allerdings geht ihr Vorschlag weniger weit als frühere Projekte. Denn der Ausbau ist nicht zwingend: Das heutige Angebot von 10 Megabit pro Sekunde, bereits ein internationaler Spitzenwert, bleibt in der Grundversorgung bestehen. Nur auf ausdrücklichen Wunsch hin muss das Angebot auf 80 Megabit ausgebaut werden – und nur dort, wo nicht schon ein lokaler Anbieter das Angebot bereitstellt. Eingesetzt werden kann von der Konzessionärin die «jeweils am besten geeignete Technologie»; also etwa auch über Mobilfunk oder Satellit. Gemäss ersten Berechnungen des Bundes lägen die Investitionen unter einer Milliarde Franken. Damit das Angebot für die Bevölkerung erschwinglich bleibt, wird eine Preisobergrenze festgesetzt.

**Telekombranche: Erfreut tönt anders**

Wenig erfreut ist die Telekombranche. Sie befürchtet massive Zusatzkosten. Zurückhaltend äussert sich derzeit allerdings die Swisscom. Da noch kein konkreter Umsetzungsvorschlag bekannt sei, «können wir zu detaillierten Fragen noch keine Stellung beziehen», erklärt Sprecher

«Es darf nicht nur dort ein Angebot geben, wo es rentiert.»



Simonetta Sommaruga  
Bundesrätin



Jeder in der Schweiz soll bald Anrecht auf noch schnelleres Internet haben. Bild: Petra Orosz/Keystone

Armin Schädeli. Die Grundversorgerin Swisscom betont, dass die Schweiz im europäischen Vergleich «über eine ausgezeichnete Breitbandversorgung» und ein sehr gutes Grundversorgungsangebot verfüge.

2019 waren 3,9 Millionen – oder rund drei Viertel – aller Wohnungen in der Schweiz bereits mit 80 Megabit pro Sekunde erschlossen. Laut Branchenschätzungen könnten künftig wohl rund 10 Prozent der Haushalte Anspruch auf das schnellere Internet geltend machen, weil in ihrer Region lokale Angebote fehlen.

Im Parlament war es der Bündner Mitte-Nationalrat Martin Candinas, der ein Hochleistungsnetz für alle gefordert hat.

Dass Sommaruga seiner Forderung nun trotz erbittertem Widerstand seitens Swisscom und Bedenken aus dem Ständerat nachkommt, freut ihn. Die Forderungen der Bergregionen seien im Bundesrat endlich erhört worden, sagt Candinas.

**Berggebiete sehen grosse Chancen**

Den Einwand, dass die Schweiz bereits heute bei der Grundversorgung in Europa an der Spitze liegt, will Martin Candinas nicht gelten lassen. «Wenn die Internetgeschwindigkeit steigt, dann ist das keine Luxuslösung», sagt er. Vielmehr gehe es darum, den Graben zwischen den peripheren und den städtischen Regionen zuzuschütten.

Der Walliser Thomas Egger ist Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete. Er setzt grosse Hoffnungen auf ein schnelles Internet: «Dank der Digitalisierung können die Distanzen als einer der Standortnachteile überwunden werden», sagt er. Bisher seien vor allem Gebiete «mit grossem Marktpotenzial erschlossen» worden. «Dies führte zu einer systematischen Benachteiligung der Berggebiete und ländlichen Räume», so Berglobbyist Egger.

Gerade die Homeoffice-Pflicht in der Coronazeit habe aber neue Chancen für die Berggebiete aufgezeigt. «Es gibt Leute, die mieten ein Chalet und arbeiten von dort aus.»

## Die Risiken und Nebenwirkungen des Corona-Ausstiegplans

In drei Phasen soll die Schweiz zur Normalität zurückkehren. Ein Bundesratspapier zeigt, welche erheblichen Risiken das Land damit eingeht.

Schutzphase, Stabilisierungsphase, Normalisierungsphase: Mit diesen drei Stufen will der Bundesrat die pandemiebedingten Einschränkungen schrittweise zurückfahren. Die nächsten Öffnungen sollen beim Übergang von der Schutz- in die Stabilisierungsphase folgen. Dies dürfte frühestens am 26. Mai der Fall sein, wie Gesundheitsminister Alain Berset (SP) am Mittwoch sagte. Bis dahin sollen alle impfwilligen besonders gefährdeten Personen vollständig geimpft worden sein.

Doch mit Abschluss der Schutzphase ist ein Grossteil der Bevölkerung weiterhin ungeschützt gegen eine Infektion mit Covid-19. Gemäss Impfplan des Bundes gehören rund 5 Millionen Erwachsene in der Schweiz nicht zur Impfgruppe der beson-

ders gefährdeten Personen. Hinzu kommen 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche, für die noch kein Impfstoff zugelassen ist.

**«Nur beschränkt vor Ansteckung schützen»**

In einem Konzeptpapier aus Alain Berts Innendepartement (EDI) wird das Drei-Phasen-Modell konkretisiert. Das Dokument zeigt die erheblichen Risiken der bundesrätlichen Strategie auf.

Bei einer starken Zunahme der Fallzahlen während der voraussichtlich Ende Mai beginnenden Phase II (Stabilisierung) müssten insbesondere jüngere und nicht geimpfte ältere Personen hospitalisiert werden, heisst es. Das Papier verweist zudem auf das «zusätzliche Risiko für schwere Verläufe» bei Infektio-

nen mit der unterdessen dominierenden Virusvariante B.1.1.7 hin. Eine Ansteckungswelle in dieser Phase sei zu vermeiden, weil die Möglichkeit kurz bevorstehe, sich mit einer Impfung zu schützen: «Je näher diese Schutzmöglichkeit ist, desto unnötiger ist es, eine Ansteckung mit potenziell schweren Folgen zu riskieren.»

Doch dieses Risiko können Personen, welche sich noch nicht impfen lassen konnten, alleine durch individuelle Vorsichtsmassnahmen nicht vermeiden. Dieses Eingeständnis erfolgt im Konzeptpapier in Form einer expliziten Erwähnung der Personen, «die sich aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit nur beschränkt vor einer Ansteckung schützen können». Ein rasanter Anstieg der Fallzah-

len während Phase II gelte es zu vermeiden, heisst es im Konzeptpapier. Wichtig sei, dass die breite Bevölkerung rasch einen Zugang zur Impfung erhalte. Erfahrungen aus dem Ausland zeigten jedoch, dass dabei nochmals mit einer Beschleunigung der epidemischen Entwicklung gerechnet werden müsse. Denn die Phase berge das Risiko, dass sich viele, auch noch nicht geimpfte Personen nicht mehr an die Massnahmen halten.

**Inzidenzwert von 1000 für ungeimpfte Bevölkerung**

Trotz dieser Diagnose ist der Bundesrat bereit, einen Anstieg der Fallzahlen in Phase II hinzunehmen. Für die Phase II definierte er höhere Grenzwerte, ab welcher die Massnahmen wieder verschärft würden, als dies

in der aktuell laufenden Phase I der Fall ist. In Phase II sollen Verschärfungen erst geprüft werden, wenn die 14-Tages-Inzidenz 600 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner überschreitet. In Phase I beträgt dieser Wert 550. Wegen der fortschreitenden Impfkampagne liege dieser Wert für den Bevölkerungsteil, der noch nicht geimpft und somit potenziell infiziert werden kann, tatsächlich noch höher: «Ein Wert von 600 würde bei einem Durchimpfungsgrad von 40 Prozent einem Wert von 1000 in der ungeimpften Bevölkerung entsprechen.»

Am Ende des Konzeptpapiers listet das EDI die mittelfristigen Risiken und Herausforderungen auf. Unter anderem dürften die Importe von Infektionen oder neuen Virusvarian-

ten «über lange Zeit ein Risiko darstellen». Es könnten Virusvarianten entstehen, die sich besser an noch ungeimpfte Personengruppen wie Kinder anpassen können.

Zusätzlich drohe die Akzeptanz der Impfungen abzunehmen – etwa wegen des Auftretens von Nebenwirkungen, eines persönlich als gering eingestuften Infektionsrisikos oder auch nur wegen der Aussicht auf Öffnungsschritte. Und ausserdem können Personen langfristig von den Folgen einer Erkrankung betroffen sein. Wie gross der Anteil dieser Long-Covid-Erkrankten sei und welche Auswirkungen dies auf Wirtschaft und Gesellschaft habe, sei derzeit noch unklar.

Christoph Bernet